


Weil das Thema zeitgeschichtlich außerordentlich wichtig ist, zitieren wir den Text als PDF. Verweise und alle Kommentare der Leserschaft lesen Sie, wenn Sie die Junge Freiheit testen/abonnieren. Wir empfehlen ein [Abonnement der Jungen Freiheit](#) ausdrücklich.

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Rechts-Kolumne: Die schleichende Transformation unserer Demokratie



 Rechts-Kolumne

Die schleichende Transformation unserer Demokratie

Ulrich Vosgerau spricht Recht Foto: Picture Alliance/Dpa
/// JF Montage: JF

Kolumne | 23. August 2024 | Ulrich Vosgerau |  Keine Kommentare

Es gibt in diesem Land Verfassungsrichter, die Texte darüber schreiben, daß man die Demokratie nur noch retten könne, indem man die Meinungs- und Pressefreiheit erheblich einschränkt. Im schlimmsten Fall ist das lediglich ein Vorgeschmack auf das, was noch kommt. Die Rechts-Kolumne von Ulrich Vosgerau.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich – wie an dieser Stelle schon öfter analysiert worden ist – inmitten einer „Revolution von oben“, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung und den auf individuelle Grundrechte gegründeten Verfassungsstaat in eine postdemokratische Struktur überführt. Diese neue Struktur feiert sich mit Fanfaren wie der Rede von „unserer Demokratie“ oder gar dem Ausruf „Alle zusammen gegen den Faschismus“, mit dem das **am 17. Januar in Berlin erstaufgeführte Agitationstheaterstück der halbstaatlich finanzierten Meinungslenkungsplattform „Correctiv“** endete.

. Zentrales Merkmal dieser postdemokratischen Struktur ist der Elitenkonsens, der offenbar im wesentlichen durch etablierte Medien, vor allem den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, gestiftet wird; Zweifel oder Kritik an diesem Elitenkonsens gelten nicht mehr als demokratienotwendige Opposition, sondern als verfassungsfeindlicher Aktivismus, der eben „unsere Demokratie“, das heißt den Elitenkonsens, in Frage stellt.

Als Wegmarken für diesen historischen Bruch können im Nachhinein die beiden **ersten populären Buchveröffentlichungen von Thilo Sarrazin**, nämlich „**Deutschland schafft sich ab**“ (2010) und „**Europa braucht den Euro nicht**“ (2012)“, gelten. Ersteres machte hauptsächlich darauf aufmerksam, daß die demographische Krise in Deutschland – die Demographie-Fachleute wie Herwig Birg oder Robert Hepp seit den 1970er Jahren umtrieb und die in der breiten Öffentlichkeit seit den frühen 1990er Jahren vor allem durch Veröffentlichungen von Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel zum Thema wurde – nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Aspekt hat (die Begabten sterben sehr viel schneller als die Dummen) und daß Einwanderung von Personen, deren durchschnittlicher

Intelligenzquotient signifikant unter dem der autochthonen Bevölkerung liegt, die demographischen und mithin sozialpolitischen Probleme von Hochtechnologie-Ländern gerade nicht löst, sondern verschärft.

Die Katastrophe bahnt sich seit langem an

Zweiteres erklärte – was bereits das Thema des 1994 unter anderem von Manfred Brunner gegründeten „Bundes freier Bürger“ gewesen war, der jedoch niemals Breitenwirkung erzielt hatte – daß die Einführung der Gemeinschaftswährung vor dem Hintergrund der seit den 1960er Jahren aufgekommenen Staatsschuldenpraxis und den Sachzwängen auf den Finanzmärkten letztlich unaufhaltsam in eine Schulden- und Haftungsgemeinschaft führen mußte.

Als „Wegmarken“ dürften diese Bücher vor allem deswegen gelten, weil seit ihrem Erscheinen und ihrer breiten, wenn auch nie unparteiischen Diskussion in den Massenmedien – die wegen des enormen Verkaufserfolgs nicht abzuwürgen war, wiewohl damals schon erkennbar wurde, daß zum Beispiel der öffentlich-rechtliche Rundfunk beim zweiten Buch strategisch von „Skandalisieren“ auf „Totschweigen“ umstellte – eigentlich niemand, jedenfalls kein Zeitungsleser, mehr sagen konnte, er hätte von den wesentlichen, längst katastrophenartig aufgetürmten Problemen Deutschlands, deren Hintergründen und entscheidenden Wirkmechanismen eigentlich nichts mitbekommen. Seit 2010 bis 2012 liegen in Deutschland die Karten endgültig auf dem Tisch.

Auffällig ist daher zugleich, daß der politisch-mediale Komplex seither niemals ernsthaft versucht hat, die in den massenhaft verbreiteten und rezipierten Büchern beschriebenen Probleme zu lösen. Eigentlich hätte man erwarten sollen, daß in einer Demokratie – als politische Marktwirtschaft – offensichtliche Probleme, die etablierte Kräfte warum auch immer nicht angehen wollen, dann eben von deren alten oder auch neuen Konkurrenten entdeckt und thematisiert werden, denen in der Folge die Wähler zulaufen.

Der Elitenkonsens wird druchgedrückt

In Dänemark stellte so etwa die Sozialdemokratische Partei ihre Einwanderungs- und Asylpolitik radikal um, um ihre Entmachtung durch einwanderungsrealistische Konkurrenten zu vermeiden. In Deutschland gab es nie eine vergleichbare Entwicklung. Vielmehr wurde seitens des politisch-medialen Komplexes ein Elitenkonsens ausgerufen, jede grundsätzliche Kritik an dem längst als fatal erkannten Kurs des Landes nicht nur für illegitim, sondern zunehmend auch für illegal zu erklären und ihm mit staatlichen Machtmitteln entgegenzutreten, wo die Diffamierungsmacht und Verleumdungsenergie der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten nicht mehr genügte.

Ein besonders erschreckendes, aufgrund anderer derzeit im Vordergrund stehender Themen (wie etwa dem Compact-Verbot) vielleicht zu wenig beachtetes Beispiel für den Versuch der Neu-Formatierung der Demokratie zur Postdemokratie lieferte unlängst ein Beitrag der langjährigen Bundesverfassungsrichterin Gabriele Britz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Britz ist jedenfalls der fachlich interessierten Öffentlichkeit als Berichtstatterin des berühmten Klimaschutz-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts bekannt, der weite Teile der bislang bekannten, liberalen Grundrechtsdogmatik über den Haufen warf, indem er alle Freiheitsgrundrechte unter einen Universalvorbehalt des „Klimaschutzes“ aufgrund – vermeintlicher – völkerrechtlicher Verpflichtungen stellte (Beschuß vom 24. März 2021, 1 BvR 2656/18 u.a., BVerfGE 157, 30 ff.).

Die „Nachrichtensperre“ wird verhängt

Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning konnten später in ihrem Buch „Unanfechtbar“ (2021) zeigen, daß tragende (und besonders zweifelhafte) Darstellungen des Sachverhalts der Entscheidung – nämlich die, die sich mit der rechnerischen Größe des „CO₂-Restbudgets“ befassen, das hier quasi zur absoluten Schranke künftiger menschlicher Freiheitsentfaltung avanciert – auf der privaten Internetseite des einflußreichen Frankfurter Grünen-Politikers Bastian Bergerhoff weithin vorweggenommen wurden.

Bergerhoff und Britz sind – was der Öffentlichkeit vorher nicht bekanntgewesen war – Eheleute. Die sich hieraus ergebende Befangenheits- oder gar Urheberrechtsproblematik, die insbesondere durch das Portal „Tichys Einblick“ breit thematisiert worden ist, führte, soweit erkennbar, nie zu einer Rezeption des Themas auch in Mainstream-Medien. Insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk schien diese Information in ähnlicher Weise einer „Nachrichtensperre“ zu unterliegen wie später die gerichtlichen Niederlagen von „Correctiv“ und anderer Medien in der Folge der „Wannsee-Erzählung“.

Das war aber eine schöne „Grundeinigkeit“!

In der FAZ machte sich Gabriele Britz nun Gedanken über Neujustierungen der Auslegung der Meinungsfreiheit, die – nach ihrer Diagnose – in der Folge eines neuerdings aufgetretenen Verlusts der „gesellschaftlichen Grundeinigkeit“ erforderlich wären, die doch eigentlich „Grundbedingung freiheitlicher Konfliktentscheidung durch demokratisch legitimierte Hoheitsgewalt“ sei. Diese Ausgangsthese ist natürlich in doppelter Hinsicht nicht nur zweifelhaft, sondern unsinnig. Erstens gibt es keinen Satz des Inhalts, daß sich zunächst einmal alle einig sein müssen, bevor Konflikte entschieden werden können; denn wenn sich alle im wesentlichen einig sind, gibt es ja kaum Konflikte.

Zweitens würde jeder Kurzdurchgang durch die Geschichte der alten Bundesrepublik die These

schnell widerlegen, es habe früher eine „Grundeinigkeit“ gegeben, die erst in jüngster Zeit verlorengegangen ist. So lehnte bis 1959 die von der SPD repräsentierte Opposition Marktwirtschaft, Westbindung und Wehrbeitrag ab, **die das Adenauer-Lager jedoch für absolut essentiell für Leben und Erfolg des Weststaates ansah**. In der Folge **der Studentenunruhen seit 1967** kam es zu einer veritablen Kulturrevolution, in deren Rahmen nicht ganz geringe Teile der akademischen Jugend der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht kritisch, sondern feindlich gegenüberstanden **und statt dessen mit fernöstlichen Massenmördern wie Ho Chi Minh oder Mao Tse-tung sympathisierten**; das bürgerliche Lager revanchierte sich mit Schlachtrufen wie „Euch haben sie wohl zu vergasen vergessen“ oder später „Brandt an die Wand!“. Das war aber eine schöne „Grundeinigkeit“!

Seit dem Ende der 1970er Jahre war die westdeutsche Gesellschaft über die Frage der Nato-Nachrüstung völlig gespalten, die Friedensbewegung warf den Realpolitikern vor, nichts weniger als einen „nuklearen Holocaust“ vorzubereiten. Und über die Frage nach der zivilen Nutzung der Kernkraft kam es in Brokdorf, Wackersdorf und Gorleben wieder und wieder zu geradezu bürgerkriegsartigen Unruhen, die damals noch nicht von einer weitverbreiteten gesellschaftlichen Ablehnung der Kernenergie getragen wurden (diese wurde erst später von einem ergrünten öffentlich-rechtlichen Rundfunk durchgesetzt), sondern vielfach von kommunistischen Gruppen inszeniert wurden, die gegen die nichtkapitalistische Kernkraftnutzung im Ostblock zugleich nichts einzuwenden hatten.

Eine „Grundeinigkeit“ gab es nie

Kurzum: Eine „Grundeinigkeit“ gab es nie; diese ist eine jüngere Erfindung derjenigen, die von der Demokratie auf „unsere Demokratie“ umstellen wollen. Der Unterschied zwischen früher und heute ist eher der, daß sich früher meistens – so erst bei der Frage nach der Westbindung, dann nach der Nachrüstung – im wesentlichen gleichstarke gesellschaftliche Lager gegenüberstanden (Demokratie), wohingegen heute die Opposition gegen Elitenkonsens und politisch-medialen Komplex marginalisiert ist und mit dem Vorwurf belegt wird, „unsere Demokratie abschaffen“ zu wollen (Postdemokratie).

Doch Frau Britzens Diagnose geht noch weiter. Daß die früher angeblich bestanden habende, nun verschwundene „Grundeinigkeit“ in Wegfall geraten ist, ist weder zufällig und ganz von selbst so gekommen, noch ist es etwa eine verständliche gesellschaftliche Reaktion auf das seinerzeit von Sarrazin mustergültig analysierte, jahrzehntelange Regierungs- und Politikversagen sowie die anschließende Weigerung der politischen Eliten, wenigstens – besser spät als nie – zu versuchen, doch noch die Notbremse zu ziehen.

Die Lösung ist also wirklich „mehr Meinungsfreiheit“?

Nein, die gesellschaftliche „Spaltung“ ist das „Geschäft“ von Leuten, die „das Zutrauen in die freiheitliche Demokratie zerstören wollen“. Das dürfte übersetzt dann wohl heißen: Wer darauf hinweist, daß millionenfache Einwanderung in die sozialstaatlichen Sicherungssysteme nicht nur Vorteile hat, oder auch darauf, daß auch eine völlige Deindustrialisierung und Entvölkerung Deutschlands keinen nennenswerten Einfluß auf die weltweite Freisetzung von CO₂ haben würde, tut das nicht etwa, weil er wirklich glaubt, daß dies so ist; nein, er will vielmehr das „Zutrauen“ in die „freiheitliche Demokratie zerstören“!

Die „Saat“ dieser bösen Menschen, findet die Altverfassungsrichterin Britz – offenbar eine Grünen-Webseiten-Plagiatörin von Verfassungsrang –, dürfe man „nicht aufgehen lassen“. Was also dagegen tun? Die nächste Antwort überrascht: Man müsse „eine andere Grundbedingung der freiheitlichen Verfassung“ (neben der „Grundeinigkeit“) „in den Blick nehmen“, nämlich „die freie geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen“, der „Lebenselement für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung“ und „Grundlage jeder Freiheit überhaupt“ sei. Potztausend! Die Lösung ist also wirklich „mehr Meinungsfreiheit“ für die Abschaffer „unserer Demokratie“, die die böse Saat des verlorenen „Zutrauens“ säen?

Bruch mit der Grundrechtsdogmatik

Leider nein! Denn jedenfalls, wer den von Britz kuratierten Klimaschutz-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts kennt, wird sich vielleicht schon denken, daß die grüne Verfassungsrichterin unter „Meinungsfreiheit“, „Demokratie“ und „Freiheit“ überhaupt ganz andere Dinge versteht als viele Generationen von Verfassungsrechtlern vor ihr. Denn, man höre und staune: Die „freie geistige Auseinandersetzung“ leide nicht etwa unter staatlichen (oder staatlich initiierten und finanzierten) Einschränkungen, sondern „unter breiter Fehlinformation“, „insbesondere unter der Verbreitung desinformierend uniformer [sic] Erklärungen und Erzählungen“, die „den Blick auf die Ambivalenz versperren“ – was immer das genau heißen soll.

Der „freie Diskurs“ werde durch „internetgestützte Haßrede“ gefährdet. Diese soll nun keinen grundrechtlichen Schutz mehr genießen; insbesondere möchte Frau Britz, was wiederum ein vollkommener Bruch mit der etablierten Grundrechtsdogmatik ist, das Auslegungsprinzip abschaffen, nach dem unter mehreren möglichen Auslegungsmöglichkeiten diejenige zu präferieren ist, die dem Schutz der Meinungsfreiheit unterfallen würde.

Britz führt neue Rechtskategorien ein

In dubio contra libertatem: „Die Einordnung gewollt mehrdeutiger Meinungsäußerungen und (halb)falscher Tatsachenbehauptungen könnte noch differenzierter gehandhabt werden: Hetzer

könnten genauer an dem festgehalten werden, was sie sagen wollen, auch wenn sie es trickreich mehrdeutig verpacken. Und jene, die mit Halbwahrheiten gezielt internetweite Desinformation betreiben, sollten dies weniger hinter dem Grundrechtsschutz für Tatsachenbehauptungen verstecken können.“

Was soll das bedeuten? Es wird hier

- eine rechtsdogmatisch völlig neue Kategorie, nämlich die der „Halbwahrheit“, eingeführt. Was das sein soll, definiert Frau Britz nicht; „Halbwahrheit“ ist offenbar, wenn jemand etwas sagt, was zwar stimmt, aber der Regierung – so – nicht paßt, oder wenn jemand die Regierung kritisiert, ohne diese Kritik dann gleich wieder zu relativieren.
- Weiterhin wird die ebenfalls bislang unbekannte Rechtsfigur des „Hetzers“ eingeführt, und zwar mit sehr weitreichenden Rechtsfolgen: Wird jemand von grünen Juristen als „Hetzer“ eingestuft, dann kann er sagen, was er will – die Gerichte werden ihm schon erklären, was er sagen „wollte“, auch wenn es „trickreich verpackt“ habe.

The shape of things to come

Dies ist übrigens die Umsetzung des bereits von den Ministerinnen Faeser und Paus verkünderten „Aktionspakets“ zur „Demokratieförderung“, in dessen Rahmen ja auch schon angekündigt worden war, es dürfte auf die Legalität einer Äußerung künftig nicht mehr ankommen – denn sonst könnten sich ja Kritiker, sei es der Masseneinwanderung, sei es der großen Transformationen, ganz einfach über die Rechtslage informieren und dann Rechtsordnung und Grundrechte zu oppositionellen Äußerungen mißbrauchen, wofür die Meinungsfreiheit aber keineswegs ein „Freibrief“ sei.

Eine breite Kritik an Britzens Aufsatz in Fachkreisen – wie sie etwa infolge des Compact-Verbots einsetzte – blieb, soweit hier erkennbar, aus, möglicherweise wurde der Artikel vielfach übersehen, sei es, weil es andere verfassungsrechtliche Themen gab, sei es, weil er sich durch seinen langweiligen und teils zusammenhanglos-mäandernden Duktus gegen zuviel Aufmerksamkeit immunisierte. Aber er dürfte im geschichtlichen Rückblick möglicherweise noch wichtig werden. *The shape of things to come*, sagen die Angelsachsen.

Kommentare ausblenden

HINWEIS: Die Kommentarfunktion wird 2 Tage nach Veröffentlichungsdatum des Beitrages geschlossen.

Schreiben Sie einen Kommentar

Angemeldet als: Mediagnose

Kommentar *

Kommentar abschicken

1200 Zeichen verfügbar

Jetzt die JF stärken!

Unabhängigen Journalismus unterstützen!

 Spenden

Der nächste Beitrag

◀ „Deutschland auf der schiefen Bahn“: Das steht im neuen Sarrazin-Buch

ähnliche Themen

LITERATUR

DEUTSCHLAND

LITERATUR

„Deutschland auf der schiefen Bahn“:
Das steht im neuen Sarrazin-Buch



Thilo Sarrazin 4
Kommentare — 22. August 2024 18:03

„Die Zukunft der Demokratie ist der
Populismus“



Kuba Kruszakin 9
Kommentare — 21. August 2024 13:54

Die Machtmethoden der
„Demokratieverteidiger“:
Umgekehrter Totalitarismus



Regina Bärthel 3
Kommentare — 10. August 2024 17:12

INTERVIEW

Staatsrechtler Rupert Scholz:
„Ministerin Faeser sollte in sich
gehen“



Moritz Schwarz 21
Kommentare — 10. August 2024 13:00

DEUTSCHLAND

Neue Verfassungsrichterin Lucy
Chebout: Die Jeanne d'Arc des
Gendernilieus



Björn Schumacher 20
Kommentare — 3. August 2024 10:55

MEDIEN

„Correctiv“: Jetzt kommt der Total-
Verriß der Journalismus-Experten



Frank Hauke 20
Kommentare — 1. August 2024 6:09

aktuelles

DEUTSCHLAND

Nach Bahnhofs-Mord in Frankfurt:
CDU-Politiker fordert mehr
Überwachung

JF-Online 16
Kommentare — 22. August 2024 14:42

DEUTSCHLAND

Sozialamtmitarbeiter sollen sich
Hunderttausende Euro erschlichen
haben

JF-Online 3
Kommentare — 22. August 2024 14:09

DEUTSCHLAND

Mathe-Drama um AfD-Wahlparty:
Pressevolk ohne Raum

Henning Hoffgaard 14
Kommentare — 22. August 2024 13:18

GESELLSCHAFT

Wie Deutschlands Spitzensport
wieder fit werden könnte

Martin Voigt 11
Kommentare — 22. August 2024 12:40

DEUTSCHLAND

Schuldenmachen für Asylbewerber:
Sarrazin kritisiert Berliner
Finanzpläne

JF-Online 9
Kommentare — 22. August 2024 11:41

KOMMENTAR

Das Messer ist nicht das Problem

Laila Mirzo 18
Kommentare — 22. August 2024 10:46

JF Buchdienst

Junge Freiheit Medienversand
>> zum Shop

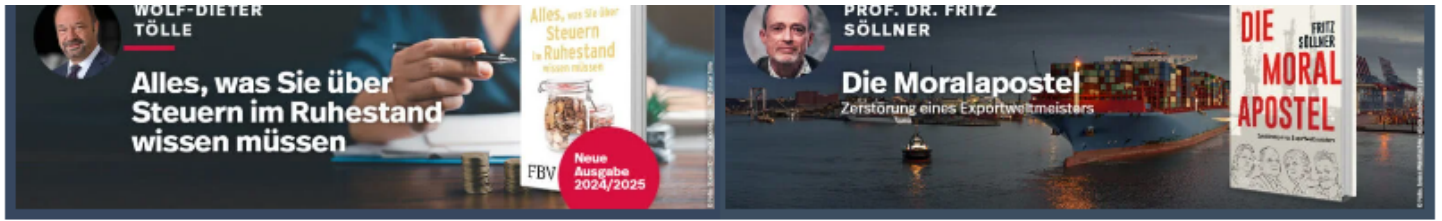
JF EBERHARD
ZELLER

Geist der
Freiheit

Der 20. Juli

Der Bestseller
ist zurück





SERVICE

[Aktuelle JF](#) [Ältere JF-Ausgaben](#) [Abonnement](#) [FAQ](#) [Leserdienst](#) [Archiv](#) [Rundbrief / Newsletter](#) [Fördern](#) [Werbung schalten](#) [Buchdienst](#)

INFORMATION

[Über den Verlag](#) [Die Geschichte der JF](#) [Blick in die Redaktion](#) [Stellenangebote](#) [Kontakt](#) [Impressum](#) [AGB](#) [Datenschutz](#)

[Abonnement](#)

Suche...

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE



© 2024 JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG - Alle Rechte vorbehalten. Nachrichten aus Politik und Wirtschaft, sowie zu aktuellen Themen aus Kultur und Wissenschaft.

[↑ nach oben](#)